



„Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“

Berliner Memorandum

Impressum

Herausgeber **Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.**

Stiftstr. 15
30159 Hannover
Tel: 0511 / 7000526
Fax: 0511 / 1612503
Mail: mail@bagsoz-stadt.de
Web: www.bagsozialestadtentwicklung.de

1. Auflage, Dezember 2009

Redaktion Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle, location³, Berlin (Koordination)
Heike Binne, BAG-Vorstand, Soziale Stadt- und WiN-Standorte Bremen, Quartiermanagerin
Bremen-Lüssum
Frederick Groeger-Roth, BAG Vorstand, LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.,
Hannover
Tobias Habermann, BAG-Vorstand, Vorstand LAG Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit
Sachsen e.V., Quartiersmanagement Leipziger Westen, Leipzig
Jürgen Maier, BAG-Vorstand, Vertreter der Kerngruppe des Landesnetzwerks Soziale
Stadtentwicklung und GWA Rheinland-Pfalz, Quartiermanager Wormser Süden, Diakonisches Werk
Worms-Alzey
Karin Schmalriede, BAG-Vorstand, Vorstand der Johann Daniel Lawaetz-Sitzung, Hamburg
Reinhard Thies, BAG-Vorsitzender, Servicestelle Soziale Stadt beim Diakonischen Werk der EKD e.V.,
Berlin
unter Einbeziehung von
Veronika Kabis, Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken

Lektorat Lutz Meltzer, Chefredakteur der Zeitschrift RaumPlanung, Dortmund

Layout asept, Berlin

Abbildungen Für die Bereitstellung der Fotos danken wir: Elke Becker, Institut für Stadt- und Regionalplanung
der TU Berlin; Heike Binne, Haus der Zukunft Bremen-Lüssum; Lex Faber, die raumplaner, Berlin;
Dr. Petra Potz, location³, Berlin; LAG Soziale Brennpunkte Hessen; LAG Soziale Stadtentwicklung
und Gemeinwesenarbeit Thüringen; Jürgen Maier, Stadtteilbüro Wormser Süden.

Inhalt

Gemeinwesenarbeit aufwerten und neu bestimmen	
Einführung von Prof. Dr. Adalbert Evers	2
Die Bundesarbeitsgemeinschaft und das Modellprojekt	4
Das Modellprojekt in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	4
Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung	5
Handlungsfelder der Gemeinwesenarbeit	7
Bürgernetzwerke in ihrer Eigenständigkeit und Vielfalt stärken, insbesondere bei der Vernetzung und Einbindung benachteiligter Gruppen	7
Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung verankern	8
Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen	8
Dem Gemeinwesen eine Stimme geben	9
Handlungsanforderungen ...	10
... an die Gemeinwesenarbeit	10
... an die öffentliche Hand	11
... an sektorübergreifende Bündnisse	11
... an den Ansatz der Sozialen Stadt	12
Berliner Memorandum	
„Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“	13



Gemeinwesenarbeit aufwerten und neu bestimmen

Einführung von Prof. Dr. Adalbert Evers

Gemeinwesenarbeit – viele werden sich daran erinnern, dass dieser Begriff lange Zeit mit negativen Assoziationen besetzt war; es klang nach Gutmenschentum, sozialbürokratischer Bevormundung durch Professionelle oder auch nach Herumwerkeln in so etwas wenig Greifbarem wie dem Lebensumfeld. Schon seit einiger Zeit haben sich jedoch die Dinge geändert. Gesellschaftliche und räumliche Polarisierungsprozesse und mit ihnen der Abstieg ganzer Landstriche, Gruppen und Stadtquartiere hat der deutschen Gesellschaft gründlich vor Augen geführt, wie sehr es bei Armut und Verlust an sozialen Anschlussmöglichkeiten um die Rolle des Gemeinwesens geht – sei es der Beitrag von Familien, sozialen Netzen, Gemeinschaften, aber auch von Milieus und (Macht-)Strukturen. Konzepte der Sozialen Stadt haben deutlich gemacht, wie sehr die Chancen des Einzelnen vom „Gemeinwesen“ abhängen.

All das und mehr schwingt auch in dem häufig benutzten Leitbegriff der Zivilgesellschaft mit – unabhängig davon, ob man damit vor allem den Sektor jenseits von Markt, Staat und Familie meint, die Qualitäten und Bürgertugenden, die eine Gesellschaft erst zivil machen, oder vor allem die bewegende Kraft einer lebendigen und kritischen Öffentlichkeit. Das Gemeinwesen als Zivilgesellschaft zu verstehen meint zweierlei. Erstens: Es kommt auf die Bürger selbst an – aber nicht nur als Einzelkämpfer in einer immer unwirtlicheren Marktgesellschaft, sondern vor allem auch als kollektive Mitgestalter der alltäglichen Lebensbedingungen. Zweitens:



Es braucht für Veränderungen einen breiteren Begriff von Politik – statt der Allmachtphantasien professioneller Politik und Verwaltung neue Formen der öffentlichen Auseinandersetzung, der Kooperation und Verantwortungsteilung.

Wenn man heute so über die Zukunft des Gemeinwesens nachdenkt, dann bekommt auch Gemeinwesenarbeit als „Quartiermanagement“ wieder mehr Bedeutung. Das zeigt das „Berliner Memorandum“. Meines Erachtens hebt es zu Recht drei Punkte heraus:

1. Im Bereich des sozialen Alltagslebens gilt es, vor allem den Gruppen eine Stimme zu geben, die vergleichsweise weniger Einfluss und Artikulationsvermögen haben und dabei speziell zu jenen Gruppen und Communities Brücken zu bauen, die sich nach außen abschotten; wenn Vielfalt ein Nutzen sein soll, dann erfordert sie zivile Umgangsformen und immer wieder die Verständigung auf einen Grundkonsens.
2. Für mehr Zivilität haben staatliche Politik und Verwaltung eine ganz zentrale und erstrangige Aufgabe; es geht folglich nicht zuerst um weniger sondern vor allem um andere Formen des Agierens von Politik und Verwaltung; Stärkung der Zivilgesellschaft darf nicht als Weg verstanden werden, auf dem sie sich aus der Verantwortung stehlen, sondern als Perspektive auf neue Formen von Dialog und Verhandlung.
3. Die Wirtschaft sollte in einer solchen Perspektive nicht nur als ein Sektor verstanden werden, mit dem man nur kooperieren kann, wenn es sich für ihn aus-

zahlt; es braucht auch hier mehr Dialog, um zu ermitteln, wie weit Vertreter der lokalen Wirtschaft auch als Mit-Bürger aktiviert werden können; es geht darum, vor Ort gemeinsam auszubuchstabieren, was es heißt, dass „Eigentum verpflichtet“, statt den jeweiligen Unternehmen einfach zu überlassen, was unter *corporate citizenship* verstanden werden soll.

Für das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit in der sozialen Arbeit und im Quartiermanagement ergeben sich damit eine Reihe neuer Felder, Perspektiven und Aufgaben: zu lernen, Gruppen zu aktivieren und unter Akteuren zu vermitteln; Brücken zu bauen zwischen Politik und Verwaltung und den Organisationen der Bürger; fähig zu werden, mit der Wirtschaft und ihren Vertretern ins Gespräch zu kommen. Mit dem Programm Soziale Stadt ist nun bereits seit mehr als einem Jahrzehnt eine Entwicklung „vom Fall zum Feld“ und in diesem Sinne auch zur Aufwertung von Gemeinwesenarbeit eingeleitet worden. Dass dieses Feld jedoch nicht nur einen „Dritten Sektor“ umfasst und nicht einfach im Sinne eines abgegrenzten Territoriums zu verstehen ist, sondern dass es hier auch um die Entwicklung neuer Formen eines zivilen Austausches mit Politik und Wirtschaft geht – das demonstriert das „Berliner Memorandum“. Es ist Teil eines Lernprozesses, der auch dem Begriff Gemeinwesenarbeit einen neuen Klang geben wird.

Gießen, 2. Oktober 2009
Adalbert Evers

Die Bundesarbeitsgemeinschaft und das Modellprojekt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. hat sich 2002 als bundesweites Netzwerk vor allem aus Landesarbeitsgemeinschaften von Praktikern der Stadtteilarbeit konstituiert und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Sie hat sich aus einem Zusammenschluss von Landesnetzen der Arbeit in Sozialen Brennpunkten in den 1970er Jahren weiter entwickelt. In der BAG sind Netzwerke aus Soziale-Stadt-Quartieren und vergleichbaren Stadt- bzw. Gemeindegebieten in den 16 Bundesländern organisiert, die die spezifischen Kompetenzen der Gemeinwesenarbeit in die integrierte Stadtentwicklung einbringen. Gemeinwesenarbeit wird dabei nicht als Aufgabe einer einzelnen Profession betrachtet, sondern als umfassendes Handlungsprinzip verstanden. Zur Entwicklung von Kooperationen bedarf es der Profilierung der Rolle und der Aufgaben der Gemeinwesenarbeit in einem bürgerorientierten Quartiers- und Stadtteilmanagement. Vorhandene und bewährte Ansätze von Gemeinwesenarbeit, Nachbarschaftsentwicklung, stadtteilorientierter Sozialer Arbeit sind dafür geeignete Anknüpfungspunkte und sind im Sinne einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung weiterzuentwickeln. Die BAG fördert zugleich das interkulturelle Zusammenleben und das Angebot von lokaler lebensweltorientierter Qualifikation und Beschäftigung.

Das BAG-Netzwerk sieht „Soziale Stadt“ als neuen umfassenden Politikansatz, der verbindliche Standards für integriertes Handeln setzt. Die Nachhaltigkeit und Verstetigung der Sozialen Stadt über die aktuellen Förderkulissen hinaus – durch die Einbeziehung in Regelstrukturen – sieht die Bundesarbeitsgemeinschaft als zentrale Aufgabe.

Das Modellprojekt in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Die BAG hat in den Jahren 2008 und 2009 das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren“ im Rahmen der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchgeführt.

Die Ausgangsüberlegung für das Modellprojekt entstand aus Beobachtungen und Erkenntnissen, die in der praktischen Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft gewonnen wurden: Danach ist die Stabilisierung und Entwicklung der sozial benachteiligten Stadtteile auf abseh-

bare Zeiträume eine andauernde Aufgabe. In spezifischen Sozialräumen konzentrieren sich dauerhaft die Folgen von sozialer Benachteiligung, negativer demografischer Entwicklung und Zuwanderung. Weil die Integration der gesellschaftlich und räumlich an den Rand gedrängten Bevölkerungsteile über den Zeithorizont spezieller Förderprogramme bestehen bleibt, haben die betroffenen Stadtteile und ihre Bewohnerschaft aufwändige Integrationsleistungen zu erbringen. Sie müssen dazu deshalb dauerhaft in die Lage versetzt werden – infrastrukturell, materiell und ideell. Als Schlüsselakteure für die Quartiersentwicklung sind die Bürgerinnen und Bürger, die sozialen Einrichtungen und Dienste, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungsabteilungen und die Politik sozialraum-kompetent zu stärken, zu qualifizieren und aufzustellen. Fünf Leitfragen wurden im Modellprojekt als Grundlage für die Bestandsaufnahme erkenntnisreicher Praxis in den einzelnen Bundesländern gestellt:

1. An welchem Standort sind die Stadtteilakteure über die Dauer von befristeten Programmen hinaus in die Lage versetzt worden, die stets prekären Integrationsleistungen in benachteiligten Stadtteilen zu erbringen?
2. Wo sind belastbare Kooperations- und Verbundstrukturen für „Dritt-Sektor-Akteure“ und Träger der Sozialarbeit entstanden, in denen in einer Sektor übergreifenden Strategie „auf Augenhöhe“ mit dem öffentlichen und privaten Sektor kooperiert wird?
3. Wo und wie sind Modelle und Handlungsansätze gefunden worden, um zivilgesellschaftliche Akteure in stabile lokale Entwicklungspartnerschaften und freie Träger sowie subsidiäre Akteure in Lenkungsstrukturen einzubinden?
4. Wo ist Gemeinwesenarbeit als professionelle Kompetenz in einem kooperativen Quartiermanagement sichergestellt worden?

5. Wo und wie sind mit den BürgerInnen neue nachhaltige und selbsttragende Strukturen der Interessenartikulation, der Kommunikation und Kooperation aufgebaut worden?

Die erarbeiteten Forderungen, die im „Berliner Memorandum“ enthalten sind, dienen der Profilierung und Vergewisserung über die Bedeutung und den Stellenwert von Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung. Im Rahmen des Projektes konnte sich die BAG quantitativ und qualitativ weiter entwickeln; dies ist bereits ein positives Ergebnis des Projektes: Es steht somit ein bundesweites zivilgesellschaftliches Netzwerk von PraktikerInnen der Stadtteilarbeit zur Verfügung, das auf einem breiten Fundament verbandspolitische Empfehlungen vorlegen kann.

Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung

Zivilgesellschaft wird als integrativer Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen. Die Definition von Qualitätsstandards für zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligungsaktivitäten wird wichtiger werden. Stadtentwicklung ist mehr als Stadtplanung im Sinne von technisch-baulichen Veränderungen. Der Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung bezieht zunehmend sozial-kulturelle Entwicklungen ein. Damit rückt die Förderung *sozial-integrativer* bzw. *nicht-investiver* Vorhaben und Projekte stärker in den Blickpunkt. Integrierte Stadtentwicklung will die in der Stadt ablaufenden Prozesse in ihrer Gesamtheit abbilden, was nur im Zusammenspiel verschiedener Institutionen und Ebenen gelingen kann. Das Funktionieren dieses Ansatzes ist darauf angewiesen, dass Menschen vor Ort sich mit ihren Lebensbedingungen und den zuständigen Institutionen auseinandersetzen und aktiv

teilhaben. Selbstbestimmung sowie die Gestaltung und Verbesserung des eigenen Lebensumfelds sind tragende Elemente eines gemeinwohlorientierten Verständnisses von Stadtentwicklung.

Dies wird auch im Stadtentwicklungsbericht 2008 betont: „Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Städten identifizieren können. Ohne bürgerschaftliches Engagement und private Initiativen laufen öffentliche Projekte und Maßnahmen der Stadtentwicklung oft genug leer“¹. Konzeptionell bleibt in den auf Bundesebene formulierten Ansätzen der sozialen Stadtentwicklungspolitik der Bereich der „Zivilgesellschaft“ aber relativ blass und unbestimmt. Oft ist, wie in der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ (2007), pauschal die Rede von „Bürgerinnen und Bürgern“. Den zivilgesellschaftlichen Assoziationen, Vereinen und Strukturen sowie den Rahmenbedingungen, unter denen diese erst handlungsfähig werden, wird vergleichsweise wenig Einfluss eingeräumt. Dabei wird ihr Beitrag zu gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Belangen, beispielsweise im Bereich der Wohlfahrtsproduktion oder der Verbesserung der sozialen Infrastruktur, inzwischen deutlich gesehen und benannt².

Teilweise ist die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltungen bereits im Umbruch begriffen: Das ressortübergreifende Arbeiten in flachen Teams setzt sich allmählich durch. Die öffentliche Verwaltung verstärkt auf die Chancen solcher neuer Arbeitsformen hinzuweisen ist eine zentrale Aufgabe der Gemeinwesenarbeit. Ge-

rade in Bereichen wie der *integrierten* Stadtentwicklung eröffnen sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und werden Synergien erzeugt, wie sie in herkömmlichen Arbeitsstrukturen nicht zu erwarten sind. Hier liegen Innovationspotenziale, die noch nicht ausgeschöpft sind³.

Bürgerschaftliche Auseinandersetzung findet konkret in den Quartieren statt und wird dort greifbar. Während Stadtteile mit günstigeren Bedingungen oft auf eine starke und präzente Bürgerschaft und die entsprechenden ermöglichenden und ermächtigenden Strukturen aufbauen können, stellt sich die Schaffung derartiger Rahmenbedingungen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf als zentrale und zudem besonders schwierige Aufgabe dar. Um unter den ungünstigen Bedingungen benachteiligter Stadtquartiere solche Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und zu aktivieren, die selbst wenig Erfahrung mit zivilgesellschaftlichem Engagement mitbringen, werden differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Strategien, Verfahren und Projekte notwendig. Aufbau, Mobilisierung und Beteiligung lokaler Netzwerke bringen öffentliche und private, wirtschaftlich wie zivilgesellschaftlich agierende Personen und Einrichtungen zu einer aktiven Zusammenarbeit. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für integrierte Entwicklungskonzepte in der Sozialen Stadt. Hierbei kann Gemeinwesenarbeit von ihren langjährigen Kompetenzen und Erfahrungen profitieren, aus denen sich Handlungserfordernisse ableiten lassen.

¹ BMVBS 2009: *Stadtentwicklungsbericht 2008. Neue urbane Lebens- und Handlungsräume*. Berlin, S. 49

² Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Projektgruppe Zivilengagement 2009: *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*. BMFSFJ, Berlin

³ Thies, R.; Potz, P.; Neumaier, M. 2009: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. In: *vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 4, S. 202-205

Handlungsfelder der Gemeinwesenarbeit

Unterschiedliche fachliche Zugänge müssen stärker miteinander kommunizieren. In den Programmgebieten und Projekten der Sozialen Stadt, die auf Zusammenarbeit und veränderte Verhaltens- und Kooperationsmuster aller Beteiligten angewiesen sind, wurden die folgenden vier Handlungsfelder identifiziert, in denen das Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit die Perspektive ist, aus der im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und Verstetigung zivilgesellschaftliche Orientierungen besonders gestützt werden sollten:

1. Bürgernetzwerke in ihrer Eigenständigkeit und Vielfalt stärken, insbesondere bei der Vernetzung und Einbindung benachteiligter Gruppen
2. Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung verankern
3. Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen
4. Dem Gemeinwesen eine Stimme geben

Dabei gelten als Schlüsselakteure für die Verstetigung diejenigen, die vor der Phase des Förderprogramms den Stadtteil gestaltet haben und die es nach der Phase der Sonderförderung weiter tun werden – Bürgerinnen und Bürger, soziale Einrichtungen und Dienste, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungen und die Politik.

Bürgernetzwerke in ihrer Eigenständigkeit und Vielfalt stärken, insbesondere bei der Vernetzung und Einbindung benachteiligter Gruppen

Die Frage der Aktivierung der schwierig zu Beteiligten, die nur mit niedrighschwelligem Angeboten erreicht werden können, ist eine Schlüsselproblematik. Prekäre Lebenssituationen sind eher Engagement hemmend. Deshalb sind zivilgesellschaftliche Beiträge des Dritten Sektors (Vereine, Assoziationen und Träger) zu stärken, die auf die Eigenständigkeit und Vielfalt gesellschaftlich an den Rand gedrängter Gruppen eingehen und deren Vernetzung und Einbindung fördern. Die Vermutung liegt nahe, dass es viele Kontakte, Netzwerke und „blinde Flecke“ gibt, die gar nicht erfasst werden, die aber von zentraler Bedeutung für die soziale Integration sind.

Die Aktivierung und Integration von Gruppen, die schwer zu beteiligen sind und sich nur selten in formalisierten Zusammenhängen beteiligen (z.B. jüngere Menschen, bildungsferne Gruppen, ethnische Minderheiten), benötigt daher differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Maßnahmen. Hier geht es darum, Vertrauen und Anerkennungskulturen zu entwickeln, Wertschätzung aufzubauen für die unterschiedlichen Ressourcen. Auch die etablierten Strukturen und

Institutionen müssen ihren Beitrag leisten und sich für Anliegen und bestehende Kommunikationsformen und Ressourcen der benachteiligten Gruppen öffnen; aber nicht nur diese sind zu „aktivieren“, sondern auch die Institutionen.

Zur Inklusion der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf in die Stadtgesellschaft ist die Existenz und Handlungsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Netzwerken vor Ort notwendige Bedingung. Engagement in diesen Stadtteilen braucht „starke zivilgesellschaftliche Partner“. Passende Engagement-Möglichkeiten bieten vor allem organisierte lokal verankerte Einrichtungen (Kirchengemeinden, KITAS als Familienzentren etc.), wenn sie sich den umliegenden Milieus öffnen, bzw. integrierte Stadtteilzentren (Bürger- und Nachbarschaftshäuser).

Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung verankern

Stadtentwicklung ist ein wichtiges Aktionsfeld für Zivilgesellschaft und kann nicht nur in der Zuständigkeit der öffentlichen Hand erfolgen. Die Relevanz des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Stadtentwicklung wird von beiden Seiten oftmals nicht erkannt – auch nicht von den Aktiven selbst, denen erst deutlich gemacht werden muss, dass ihr Tun politisch gebraucht wird. Die Stärkung des Engagements kann staatliches Handeln nicht ersetzen, sondern dient vor allem einer partizipativen Einflussnahme auf die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Gleichzeitig ist die Kompetenz der Zivilgesellschaft unerlässlich für adäquates öffentliches Handeln.

Der Transfer der Aktivitäten vor Ort auf Stadtteil-, aber auch auf die gesamtstädtische Ebene ist Voraussetzung für Lösungsansätze, die die BewohnerInneninteressen widerspiegeln. Die Potenziale für eine Herangehensweise, die auch in den Quartieren akzeptiert und

umgesetzt werden kann, liegen dabei im strategischen *gemeinsamen* Agieren mit den stadtentwicklungsrelevanten Akteuren.

Die Kernaufgabe der Gemeinwesenarbeit ist Bürgerbeteiligung und Empowerment von BürgerInnen, um eine Begegnung und Zusammenarbeit aller Akteure auf Augenhöhe zu ermöglichen. Initiativen von BürgerInnen und Aktionen zur Selbsthilfe im direkten Lebensumfeld/ Sozialraum/Stadtteil müssen von Politik, Verwaltung und freien Trägern wahrgenommen und professionell unterstützt werden.

Engagementförderung in der Sozialen Stadt zeigt deutliche Erfolge, bleibt aber oft beschränkt auf befristete Förderzeiträume und einzelne Projekte sowie auf Mitwirkung ohne Mitbestimmung. Es ist hingegen notwendig, dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für die Akteure in den Stadtteilen zu schaffen.

Die „Stadtteil-Plattform“ und auch die Bürgerinitiativen brauchen starke Partner in der Zivilgesellschaft. Dabei bedürfen speziell die zivilgesellschaftlichen Netzwerke um Soziale Stadt-Standorte der besonderen Aufmerksamkeit und Stärkung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie von Parteien, Kirchen- und Glaubensgemeinschaften, Trägern der Wohlfahrtspflege, Verbänden und Stiftungen, um die Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche (soziale, kulturelle, wirtschaftliche) Entwicklungen zu wahren.

Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen

Die Stärkung der lokalen Ökonomie findet auf vielfältige Weise statt und ist für eine Konsolidierung und Integration sowie beschäftigungspolitisch wichtig. Eine lokale Wirtschaftspolitik für kleinere und mittlere Unternehmen, kombiniert mit Existenzgründerprogrammen auch für Menschen mit Migrationshintergrund, kann Integration vor Ort sinnvoll unterstützen.

Es gibt jedoch auch weitere wirtschaftliche Aspekte, die bisher in der sozialen Stadtentwicklung weniger Aufmerksamkeit gefunden haben. Die Vernetzung, wie sie in öffentlich-privaten Partnerschaften und Allianzen in einigen Stadtteilen zusammen mit lokalen Gewerbetreibenden und Händlern experimentiert wird, beispielsweise in den Business Improvement Districts (BID), läuft weitgehend *parallel* zu den sozial orientierten integrierten Ansätzen. Bei der derzeitigen inhaltlichen Weiterentwicklung zu wohnungs- und sozialpolitisch orientierten Ansätzen wie Housing Improvement Districts (HID) oder Neighbourhood Improvement Districts (NID) wird deutlich, dass – ohne die Kernzielstellungen der einzelnen Akteure aufzugeben – auch eine stärkere Verknüpfung über die kommunale Wirtschaftsförderung hinaus in die Sozialressorts sinnvoll ist. Eigeninteresse und Mitwirkungsbereitschaft von privaten Akteuren als Basis für die lokale Partnerschaft, beispielsweise in den Handels- und Versorgungszentren, sind erkennbar und lassen sich für die Verfolgung sozialer Fragestellungen stärker einbinden.

Maßnahmen in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Beschäftigung und Wirtschaft sowie Integration von Zuwanderern müssen zunehmend ressortübergreifend verzahnt und auf Quartiersebene integriert werden. Dazu gehört auch ein aktivierendes Quartiermanagement. Das neue ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ entwickelt einen ressortübergreifend wirksamen Fördermechanismus, der zur Stärkung des sozial-integrativen Arbeitsprinzips in der „Sozialen Stadt“ beiträgt.

Im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sind beispielsweise große Wohnungsbaugesellschaften wichtige Akteure der Quartiersentwicklung, wenn sie investiv im Bereich der Gebäudemodernisierung, aber auch mit Maßnahmen für die soziale Stabilisierung (Belegungsmanagement, Mieterberatung, Mietergärten etc.) tätig werden für den Zusammenhalt und die Präventionsarbeit in den Stadtteilen.

Zivilgesellschaftliches Engagement in der sozialen Arbeit wird durch die neue Kultur einer Wettbewerbsorientierung herausgefordert. Diese Orientierung besteht in einer staatlich geförderten Liberalisierung des sozialen Dienstleistungsmarkts und einer damit verbundenen Öffnung des Marktes für private Anbieter. Die Wohlfahrtsverbände müssen angesichts dieser Veränderungen ihre Rolle als gemeinnützige Organisationen neu austarieren. Als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft, die auch soziale Dienstleistungen erbringen und Träger der Gemeinwesenarbeit sein können, haben sie die Balance zwischen Anwaltschaftlichkeit, Solidaritätsstiftung und ihrer Funktion als Dienstleister zu wahren. Dabei können sie in der Gemeinwesenarbeit durchaus mit dem Pfund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen und ihrer sozialpolitischen Zielsetzung wuchern.

Dem Gemeinwesen eine Stimme geben

Bürgerschaftliche Organisationen, Verbände, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Parteien und andere zivilgesellschaftliche Akteure sind in benachteiligten Gemeinwesen zu wenig präsent. Für Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement fehlen häufig konkrete Anlässe, strukturelle Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ansätze zur „Ermutigung“, zum Empowerment und zur Machtdelegation müssen daher verstärkt entwickelt werden.

Mit Fokus auf die Menschen im Stadtteil leistet der Dritte Sektor einen interessengeleiteten Beitrag wie die Gemeinwesenarbeit auch. Bisher gibt es Strukturen, die zwar Zivilgesellschaft wollen, diese aber – auch aus fehlender Fachlichkeit – nicht artikulieren oder organisieren können. Es braucht mehr Bereitschaft und Gelegenheit zum (öffentlichen) Diskurs vor Ort – auch zu strittigen Themen und verbunden mit einer Streitkultur und Konsensbereitschaft.

Handlungsanforderungen ...

Die Prozesse der Sozialen Stadt können als Modelle betrachtet werden, anhand derer sich viele der neuen Herausforderungen für Zusammenleben, Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben des Sozialstaates veranschaulichen lassen. Es geht hier um weit mehr als um Versorgungsstandards: Es braucht ein Dach, unter dem die Menschen handeln.

Im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion gilt es, gerade die von Förderkulissen *unabhängige* Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke als zentrales Moment strategischer Allianzen frühzeitig herauszuarbeiten, „mitzudenken“ und zu begreifen. Partizipationsmöglichkeiten müssen allerdings im Kontext von Quartieren der Sozialen Stadt oftmals erst geschaffen werden. Dafür sind Unterstützungssysteme und Empowerment aufzubauen. Der „Eigensinn“ lokaler Gemeinschaften muss dabei Berücksichtigung finden, denn Engagement läuft nicht immer nach einem vorher beschlossenen Plan ab, weil Ziele und Formen sich verändern. Lokale Migranten-Communities haben unter Umständen ganz andere Vorstellungen von Beteiligung als PlanerInnen etc. Unterschiedliche Zielgruppen benötigen deshalb unterschiedliche Formen von Ansprache und Einbindung. Hier sind Experimentierfreudigkeit und Mut gefragt, sich auch auf unbequeme, vielleicht auch aufwändigere Wege als den direkten Weg einzulassen.

... an die Gemeinwesenarbeit

Aktive Einbindung und Engagement der Bürgerschaft in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sind wichtig für den Zusammenhalt und eine langfristige Perspektive für die Stadtteile. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Selbstbewusstsein in den Stadtteilen gestärkt wird. Dafür hat Gemeinwesenarbeit geeignete Handlungsstrategien anzubieten. Um den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, ist Gemeinwesenarbeit selbst zu einem permanenten Überprüfen und Erneuern ihrer Handlungsansätze aufgefordert, z.B. auch zu einer interkulturellen Öffnung ihrer Strukturen.

Die Gemeinwesenarbeit muss ihre Kernkompetenzen auch in einem privatwirtschaftlich agierenden Umfeld selbstbewusst einbringen, beispielsweise beim Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf oder bei Qualifizierungs- und Integrationsprojekten. Erfolgversprechende Ansätze gehen hier über eine rein fallbezogene und individualisierte Sichtweise hinaus und berücksichtigen lebensweltliche und sozialräumliche Rahmenbedingungen. Gemeinwesenarbeit muss darauf gerichtet sein, die Träger der Sozialwirtschaft (Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe) einzubinden und gemeinsam mit ihnen Projekte zu entwickeln, die lokale Bedürfnisse (z.B. haushaltsnahe Dienstleistungen,

Nachbarschaftsdienste) mit lokalen Ressourcen (Personen mit bestimmten Kompetenzen) zusammenbringen. Der Ausbau und die Unterstützung von Landesnetzwerken und Trägerverbänden durch Länder und Verbände, wie beispielsweise die Qualifizierung und Konsolidierung der Landesnetzwerke innerhalb der BAG, stellt sich als zentrales Element für einen strategischen Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement heraus.

... an die öffentliche Hand

Strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten und -chancen sind zu schaffen, die auch mit den Chancen zur Verbesserung von Lebensverhältnissen und der Bewältigung von Alltagsproblemen verknüpft werden. Hier erwächst aus der vorgehaltenen sozialen Infrastruktur (z.B. für Kindererziehung, Bildung, Beschäftigung und Jobperspektiven) eine besondere Verpflichtung für die öffentliche Hand. Es geht dabei sowohl um das Angebot niedrigschwelliger Anlaufstellen (wie z.B. Gemeinwesenzentren und -büros) als auch um die Möglichkeit, auf finanzielle Ressourcen schnell und unbürokratisch zurückgreifen zu können.

Lokale Bündnisse von Gemeinweseninitiativen und Bürgergruppen in der Kommunalpolitik sind zu stärken. Deshalb müssen öffentliche Mittel auch dafür bereitstehen, den überregionalen Erfahrungsaustausch aktiver BewohnerInnengruppen mit kontinuierlichen Angeboten zur politischen Bildung und zur weiteren Qualifizierung zu fördern. Ebenso ist eine Unterstützungsstruktur wie z.B. ein Mentorenprogramm aufzubauen, um damit über die Stadtteilarbeit hinaus zu wirken. Zu den teilweise bereits praktizierten und weiter zu entwickelnden Ansätzen für Bündnisse gehört z.B. die Verankerung von Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung. Arbeitsagenturen und Jobcenter für Arbeitsmarktintegration sollten sich verstärkt sozialräumlich ausrichten.

Es bedarf einer gezielten Unterstützung bei der Identifizierung, Aktivierung und Stützung von Bürgervereinen und lokalen Initiativen im Gemeinwesen, durch die gruppen- oder anlassbezogenen Einzelinteressen gebündelt und als gemeinsame Belange darstellbar werden und sich als Lobby Politikzugänge verschaffen.

Gemeinwesenarbeit mit ihren Kernkompetenzen ist eine Daueraufgabe und sollte daher institutionell abgesichert werden: Sie ist aus einer oftmals bestehenden Projektförderung in Regelfinanzierungen zu überführen. Weiter reichende Überlegungen setzen bei der Qualifizierung und Professionalisierung von Gemeinwesenarbeit an Schulen und Hochschulen an und bei der Empfehlung zum Aufbau einer „Schule zur Zivilgesellschaft“ auf lokaler, Landes- und Bundesebene.

... an sektorübergreifende Bündnisse

Zu pflegen sind sektor- und bereichsübergreifende Partnerschaften und Bündnisse von Akteuren, die die Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und das Engagement benachteiligter Gruppen verbessern wollen und die ihre Interessen auf einer Augenhöhe mit den politisch-administrativen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen artikulieren können.

Die Akteurskonstellationen sollten wirtschaftlich orientierte Entwicklungspartnerschaften und sozial orientierte Netzwerke der Quartiersverbesserung stärker zusammenbringen, um nachhaltig integrative Beschäftigungs- und Versorgungseffekte in den Stadtteilen erzielen zu können. Hier wäre auch ein verstärktes Engagement von freien Trägern der Wohlfahrtspflege sowie von Kirchen und Glaubensgemeinschaften wünschenswert.

Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann neben den investiven Maßnahmen zur Modernisierung des Wohnungsbestands zunehmend starker Partner in den Quartieren sein, wenn es um Maßnahmen zur sozialen

Stabilisierung geht (Belegungsmanagement, Mietergärten etc.). Mitbestimmung in Organen der (Wohnungs-) Wirtschaft gehört zu den bereits praktizierten Ansätzen für Bündnisse.

... an den Ansatz der Sozialen Stadt

Integrierte Stadtentwicklungsansätze wie die Soziale Stadt müssen die Kompetenzen von Gemeinwesenarbeit verstärkt nutzbar machen. Nur mit einer kontinuierlichen Vernetzung zwischen allen räumlichen Ebenen und einer ressortübergreifenden strategischen Vorgehensweise kann gewährleistet werden, dass die lokalen Erfahrungen aus der Praxis vor Ort gebündelt und in die Überlegungen zu einer programmatischen Weiterentwicklung transportiert werden. Um dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für Akteure in Stadtteilen zu schaffen, muss der Soziale Stadt-Ansatz von Bund und Ländern langfristig finanziert und mit deutlichen Leitlinien für zivilgesellschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit („Goldene Zügel“) so ausgestattet werden, dass alle Bedarfskommunen profitieren können. Strategisch-politisch wichtig ist die Bildung von interministeriellen Kommissionen unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft auf Bundes- und Länderebene.

Die Soziale Stadt-Strategie muss verstetigt, weiterentwickelt und mit weiteren Förderansätzen im Stadtteil und der Gesamtstadt verknüpft werden. Sie muss als Modell zum integrierten Handeln auch für andere Stadtentwicklungsprogramme zu nutzen sein.

Kommunale Wirtschaftsförderung, Planungs- und Sozialressorts sollten verstärkt ressortübergreifend kooperieren und benachteiligte Sozialräume in integrierte Konzepte einbeziehen. An den Standorten der Sozialen Stadt sind Aufbau und Pflege von Interessengemeinschaften und Gemeinwesenstrukturen zur Schaffung einer Handlungsplattform auf Stadtteil- bzw. Quartiersebene zwingend erforderlich (Community-Organizing etc).

Berliner Memorandum

„Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“

Mit dem Berliner Memorandum sollen Brücken gebildet werden zwischen den Diskursen zur Stadtentwicklungspolitik und zur Gemeinwesenarbeit vor Ort. Die weitere Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement im breiteren Verständnis eines zivilen Zusammenwirkens stellt ein entscheidendes Element dar. Zentrale Nachhaltigkeitsgarantien sind dabei zu berücksichtigen: stabile lokale Entwicklungspartnerschaften, eine kontinuierliche Ressourcenbündelung, ein verlässliches „kooperatives Quartiermanagement“.

Das geplante andere Zusammenwirken fordert alle Akteure in allen Sektoren und auf allen Ebenen: die öffentliche Hand, die Bürger und Bürgerinnen selbst, die Wirtschaft; auf der lokalen Stadtteilebene, in der Stadt und in der Region, auf Landesebene, auf Bundesebene und auch europäisch. Dafür werden Vorbilder und gute Beispiele gebraucht, von denen es etwas zu lernen gibt.

Ohne die nicht nur operative, sondern auch strategische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure (auf Steuerungs- und Umsetzungsebene) wird es keine nachhaltige Wirkung in der sozialen Stadtentwicklung geben können. Die Nutzung und weitere Aktivierung bereits bestehender Bewohnerinitiativen wird es notwendig machen, die erfolgreichen Ansätze zu verstetigen und strukturell abzusichern, denn sie soll einen Beitrag zur Stärkung des Zusammenhaltes im Gemeinwesen leisten.

Die Phase der Sonderförderung der Sozialen Stadt ist als Chance für gezielte Aufmerksamkeit, Förderung und Unterstützung zu sehen. Der Politikansatz muss jedoch weiter ausgebaut und verstetigt werden. Dafür setzt sich die BAG ein!

Es kommt der BAG als Ergebnis des Projektes „Aktivierung der Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ vor allem auf folgende Forderungen an:

1.
Lebensverhältnisse verbessern

Oberstes Ziel der sozialen Stadtentwicklung ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Bewältigung von Alltagsproblemen der Menschen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das betrifft vor allem die Handlungsfelder Wohnen, Bildung, Beschäftigung und Inklusion. An diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen messen lassen.

2.
Integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne ausbauen

Die oben genannten Ziele sind nur zu erreichen, indem alle Beteiligten an einem Strang ziehen und über Programmzeiträume hinaus denken. Das gelingt durch abgestimmte integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne, die auch den gesamtstädtischen Kontext berücksichtigen. Sie sind Voraussetzung für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung. Investive und nicht investive Maßnahmen sind dabei verstärkt zu verknüpfen.

3.
Zivilgesellschaftliche Netzwerke aufbauen und Engagement aktivieren

Zur Inklusion von Stadtteilen bzw. Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf – dies sind nicht nur die Soziale Stadt-Programmegebiete – in die Stadt- bzw. in die regionale Gesellschaft ist die Existenz und Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke vor Ort notwendige Bedingung. Zivilgesellschaftliches Engagement zur Entwicklung von benachteiligten Stadtteilen braucht die besondere Aufmerksamkeit von Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie starke Partner: Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Träger der Wohlfahrtspflege, Verbände und Stiftungen. Damit kann die Anschlussfähigkeit an soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen gewahrt werden. Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement kann staatliches Handeln aber nicht ersetzen. Ziel sind stabile, dauerhafte, verlässliche und belastbare Entwicklungspartnerschaften.

4.
Plattformen und Politikzugänge für bürgerschaftliche Interessenartikulation und -durchsetzung aufbauen

Es bedarf beim Aufbau von Arbeitsstrukturen zur Identifizierung und Aktivierung von bürgerschaftlicher Initiative im Gemeinwesen gezielter Unterstützung, z.B. im Rahmen von Gemeinwesenarbeit und Community-Organizing. Gruppen- und anlassbezogene Einzelinteressen können so gebündelt und als gemeinsame Belange dargestellt werden. Bewohner- und Bürgerinitiativen können sich als Lobby Politikzugänge verschaffen. Demokratisch legitimierte Quartiersbeiräte sind mögliche Formen, um über Belange des Quartiers abzustimmen. Sie sind mit einem Verfügungsfonds bzw. Bürgerbudget auszustatten. Für besonders benachteiligte und bildungsferne Gruppen im Gemeinwesen müssen spezifische Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

Ohne ein dauerhaftes und verlässliches Quartiermanagement und die spezifische Einbindung der Gemeinwesenarbeit sind die Erfolge der sozialen Stadtentwicklung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf nicht zu sichern. Gemeinwesenarbeit bringt ihre besondere Kompetenz im Umgang mit benachteiligten Gruppen und in der Netzwerkarbeit ein. Sie fördert Vertrauen, Anerkennung und Wertschätzung gegenüber solchen Menschen im Gemeinwesen, denen häufig nichts zugetraut wird und die sich selbst wenig zutrauen. Sie fördert den Aufbau von Selbstbewusstsein und erschließt die Ressourcen der Benachteiligten, denn alle können etwas! Sie fördert die interkulturelle Öffnung im Quartier. Die Arbeit in benachteiligten Stadtteilen kann nicht ausschließlich auf befristeter Projektarbeit aufbauen. Sie braucht zur Verstetigung auch verlässliche institutionalisierte Strukturen.

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege, die bisher häufig aus fachlicher Sicht agieren, sind wichtige Akteure vor Ort. Sie können jedoch noch stärker entsprechend dem Sozialraumprinzip agieren – etwa bereichsübergreifende und integrierte Dienste anbieten – und sich zu kontinuierlichen Trägern der Gemeinwesenarbeit entwickeln. Mit ihren bereits vorhandenen Strukturen und Einrichtungen können sie im Verstetigungsprozess eine wichtige Rolle spielen. Beim Knüpfen von brückenbildendem Kapital (*bridging capital*) können sie als zivilgesellschaftliche Akteure eine zentrale Funktion übernehmen. Als Ergänzung von mancherorts eingeführten Sozialraumbudgets können sie zusätzliche Ressourcen erschließen (Sponsoren, Stiftungen, Spenden etc.).

Der Ausbau der lokalen Ökonomie ist beschäftigungspolitisch sowie für eine Stabilisierung und Integration benachteiligter Stadtteile wichtig. Die Kooperation wirtschaftlich orientierter Entwicklungspartnerschaften und sozial orientierter Netzwerke der Quartiersentwicklung ist auszubauen. Kommunale Wirtschaftsförderung und Sozialressorts müssen insbesondere in benachteiligten Sozialräumen verstärkt kooperieren. Maßnahmen und Programme in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Beschäftigung und Wirtschaft, Integration von Zuwanderern sind ressortübergreifend zu verzahnen und auf Quartiersebene zu integrieren. Arbeitsmarktförderung und Eingliederungsprogramme sind zukünftig sozialraum- und gemeinwesenbezogen zu organisieren, um den volkswirtschaftlichen Nutzen nicht nur individuell, sondern auch strukturell zu gestalten.

5.
Quartiermanagement mit der
Kompetenz der Gemeinwesenarbeit
dauerhaft sichern

6.
Freie Wohlfahrtspflege als
Träger der Gemeinwesenarbeit
profilieren

7.
Lokale Ökonomie entwickeln
und stärken

8.
Zentren und Räume für eine
engagierte Zivilgesellschaft
schaffen

Zivilgesellschaft wird als Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht zu seiner Entfaltung Anlässe und Gelegenheiten sowie Räume und lokale Zentren. Beispiele dafür sind Stadtteilbüros als niedrigschwellige Anlaufstellen und Treffpunkte vor Ort, die Entwicklung von Kindertagesstätten als Familienzentrum oder Stadtteilschulen, sowie von Bürger- und Nachbarschaftshäusern.

9.
Öffentlichkeit für
zivilgesellschaftliches Engagement
herstellen

Die Bereitschaft zum vielfältigen Engagement erhält noch zu wenig Aufmerksamkeit nach innen und außen. Öffentliche Debatte und Dialog dienen der Stärkung von demokratischer Öffentlichkeit und sind Voraussetzung für eine faire und zivile Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Vielfältige Formen von Öffentlichkeit für den Stadtteil bzw. das Quartier und darüber hinaus – wie z.B. Stadtteilzeitungen, Informationsveranstaltungen, Feste – sind nachhaltig zu fördern und zu unterstützen.

10.
Überregionale Vernetzung
unterstützen

Nicht nur auf der lokalen Ebene sind zivilgesellschaftliche Netzwerke und nachhaltige Strukturen aufzubauen. Überregionale Netzwerke wie Landesarbeitsgemeinschaften sowie die Bundesstruktur der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit sind wichtige Organisationsstrukturen zum Erfahrungsaustausch und zur Qualifizierung und Weiterentwicklung der Ansätze der Sozialen Stadt und der Gemeinwesenarbeit. Diese sind zu fördern und dauerhaft zu sichern.



Eine ausführliche Fassung des „Berliner Memorandums“ mit den Positionen der BAG zur Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement in der sozialen Stadtentwicklung basiert auf den Diskussionen auf der BAG-Fachkonferenz „Bürgerschaftliche Netzwerke stärken!“ in Berlin (17./18. September 2009). Diese Fassung und eine Dokumentation der Fachkonferenz sind auf den BAG-Webseiten unter www.bagsozialestadtentwicklung.de als Download zu finden.

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt

Modellprojekt der Bundesinitiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“

im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Projektleitung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Martina Kocks

Durchgeführt von der

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Zusammen mit:

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Berlin

Diakonisches Werk Bayern, Nürnberg

Diakonisches Werk Worms-Alzey, Worms

Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hamburg

Kindervereinigung e.V., Gera

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Sachsen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit e.V., Freiberg

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover

Stiftung Mitarbeit, Bonn